

Qualität und Quantität der Arbeit sowie auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung (Verf. der DDR, Art. 24), dem Recht auf Bildung (Verf. der DDR, Art. 25) und den anderen Grundrechten auf dem Gebiete der Arbeit wie dem Recht auf Freizeit und Erholung, dem Recht auf Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft usw. verbunden. Der sozialistische Staat sichert, gestützt auf das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, in strikter Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere durch die sozialistische Leitung und Planung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die Standortverteilung der Produktion, die Planung der Bildung und Weiterbildung der Bürger sowie die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, daß jedem Bürger tatsächlich ein sowohl den gesellschaftlichen Erfordernissen als auch seiner persönlichen Qualifikation entsprechender Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Will der Bürger ein Arbeitsrechtsverhältnis eingehen, so geschieht dies auf der Grundlage der Willensübereinstimmung von Werktätigem und Betrieb. Das arbeitsrechtliche Mittel dazu ist der Arbeitsvertrag. Für besonders verantwortungsvolle Funktionen wird das Arbeitsrechtsverhältnis durch Berufung oder Wahl begründet. Auch hier liegt ebenso wie beim Eintritt als Mitglied in eine Produktionsgenossenschaft oder bei der Aufnahme eines Dienstverhältnisses in den bewaffneten Organen Willensübereinstimmung vor. Für bestimmte Gruppen von Bürgern fördert der sozialistische Staat die Wahrnehmung des R. durch besondere Maßnahmen. So gewährleistet er, daß überall solche Bedingungen geschaffen werden, die es den Frauen ermöglichen, ihre gleichberechtigte Stellung in der Arbeit und beruflichen Entwicklung wahrzunehmen und dies noch besser mit ihren Aufgaben als Mutter und in

der Familie zu verbinden. Eine besondere Förderung genießt auch die Jugend. Bei der Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit werden Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus, ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe, Werktätige in höherem Lebensalter und Werktätige, deren Arbeitsfähigkeit gemindert ist, ebenfalls besonders gefördert und geschützt. Altersrentnern ist ihre weitere berufliche Tätigkeit nach ihren Fähigkeiten und Wünschen zu sichern. Zur Gewährleistung des R. für diese Bürger sind den staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen sowie den Betrieben besondere Pflichten auferlegt worden. Eine besondere Verantwortung für die Sicherung des R., die Entwicklung und rationelle Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens tragen die Räte der Kreise, Ämter für Arbeit, und die Räte der Bezirke, Ämter für Arbeit und Löhne. Das R. schließt den Schutz der in seiner Realisierung entstandenen Arbeits- und sonstigen Rechtsverhältnisse ein. Dem dienen z. B. die gesetzlichen Bestimmungen über einen umfassenden Kündigungsschutz. Das Arbeitsgesetzbuch sichert bei notwendiger Auflösung des bestehenden Arbeitsvertrages seitens des Betriebes, daß der Betrieb dem Werktätigen einen Änderungs- oder Überleitungsvertrag über eine andere zumutbare Arbeit anbietet. Damit hat der Werktätige, seit 1978 das AGB in Kraft trat, die Garantie einer ununterbrochenen Beschäftigung in Verwirklichung des R. Das R. und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit. Die Pflicht zur Arbeit, die dem R. entspricht, beruht ebenfalls auf der Beseitigung der Ausbeutung, der damit für jeden Bürger gesicherten Möglichkeit, schöpferisch für sich, den Betrieb und die Gesellschaft zu arbeiten und dem sich darin äußernden Prinzip der Allgemeinheit der Arbeit. Die sozialisti-